



Ausschuss für Kommunalpolitik

10. Sitzung (öffentlich)

23. November 2012

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:10 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung 5

Der Ausschuss bestätigt die Tagesordnung gemäß Einladung E 16/112 ohne Änderungen.

1 Gesetz zur Förderung des Mittelstands in Nordrhein-Westfalen (Mittelstandsförderungsgesetz) 6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/126

Ausschussprotokoll 16/74
– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, auf ein Votum an den federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk zu verzichten.

- 2 Entwurf einer Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Arbeits- und Gefahrenschutzes (Zuständigkeitsverordnung Arbeits- und technischer Gefahrenschutz – ZustVO ArbtG) 7**

Vorlage 16/303

Der Ausschuss ist zu dem Entwurf der oben genannten Verordnung angehört worden.

- 3 Kommunalfinanzberichte: Die Landesregierung muss endlich ihre respektlose Informationszurückhaltung gegenüber dem Parlament beenden 8**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1272

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN abgelehnt. – Ein entsprechendes Votum wird dem Plenum vorgelegt.

- 4 Kommunale Belastungen durch Verschärfung des Jahresfeuergesetzes – aktueller Sachstand? 16**

Auf Antrag der Fraktion der CDU vom 09.11.2012

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/393

– Diskussion 16

- 5 Kommunalsport initiieren – „Vom Verwalten zum Gestalten auf kommunaler Verwaltungsebene“ 18**

Antrag
der PIRATEN-Fraktion
Drucksache 16/1256

Der Ausschuss kommt nach kurzer Abstimmung einvernehmlich überein, auf ein Votum zu verzichten, da der Sportausschuss sich mit dem Thema voraussichtlich erst im nächsten Jahr befassen werde.

6 Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes 19

Gesetzentwurf
der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 16/45

Gesetzentwurf
der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 16/ 1264

In Verbindung mit:

Anforderungen an eine neu zu erstellende Verordnung zur Selbstüberwachung von Abwasseranlagen – Selbstüberwachungsverordnung – (SüwAbw)

Antrag
der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 16/1265

In Verbindung mit:

Dichtheitsprüfung bürgerfreundlichen umsetzen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/127

Nach kurzer Verständigung kommt der Ausschuss überein, sich an der Anhörung pflichtig zu beteiligen.

7 Nordrhein-Westfalens Wirtschaft braucht Freiräume statt neue Abgaben und Bürokratie 20

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1277

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP ab.

8 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistungen 21

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1167

Der Ausschuss kommt überein, auf ein Votum zu dem Gesetzentwurf der Fraktion der CDU zu verzichten.

9 PCB-Belastungen in öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Kitas und Sporthallen 23

Antrag
der PIRATEN-Fraktion
Drucksache 16/1257

Nach kurzer Verständigung kommt der Ausschuss überein, sich an der geplanten Anhörung pflichtig in Fraktionsstärke zu beteiligen.

10 Verschiedenes 24

Der Ausschuss fasst den Vorratsbeschluss, eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und GRÜNEN zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und eines weiteren Gesetzentwurfes zum selben Thema seitens der PIRATEN-Fraktion eine Anhörung am 1. Februar 2013 durchzuführen, nachdem die Gesetzentwürfe vom Plenum überwiesen worden sind.

**9 PCB-Belastungen in öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Kitas und Sport-
hallen**

Antrag
der PIRATEN-Fraktion
Drucksache 16/1257

Vorsitzender Christian Dahm bemerkt vorab, der AKo sei hier neben anderen Ausschüssen mitberatend tätig. Hierzu solle es eine Anhörung von Sachverständigen geben, die aber noch nicht terminiert sei.

Nach kurzer Verständigung kommt der Ausschuss überein, sich an der geplanten Anhörung pflichtig in Fraktionsstärke zu beteiligen.

